

TI_GERICHTE 38.2004.16 vom 22. Januar 2001

TI Tribunale d'appello, 2001-01-22, IT

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ti_gerichte_38.2004.16

FR: TI_GERICHTE 38.2004.16 du 22 janvier 2001

IT: TI_GERICHTE 38.2004.16 del 22 gennaio 2001

Regeste

non ha diritto alle indennità per lavoro ridotto l'assicurato la cui perdita di lavoro non è sufficientemente controllabile. E' necessaria una indicazione precisa e giornaliera delle ore di lavoro. Il tempo di presenza in ditta va considerato come tempo di lavoro

Erwägungen

E. 31

cpv. 3 lett. a LADI, prima ipotesi, non hanno diritto all'indennità per lavoro ridotto i lavoratori la cui perdita di lavoro non è determinabile. Gerhards ("Kommentar ...", Vol. I, pag. 406, nos. 30-31) rileva al proposito: " Ein Arbeitsausfall ist nicht bestimmbar, wenn es an einer klaren vertraglichen Vereinbarung über die vom Arbeitnehmer normalerweise zu leistende Arbeitszeit (z. B. wöchentliche oder monatliche) fehlt, weil dann, bei Reduktion der Arbeitszeit, nicht zuverlässig festgestellt werden kann, inwieweit es sich hier um eine Arbeitszeitverkürzung handelt oder ob die reduzierte Arbeitszeit nicht eigentlich der vertraglichen Abmachung entspricht. Als Arbeitnehmer, deren Arbeitsausfall nicht bestimmbar ist, kommen insbesondere Personen in Betracht, die eine Abrufer- oder Aushilfstätigkeit ausüben und vom Arbeitgeber je nach Arbeitsanfall sporadisch eingesetzt werden. Diese Personen können nicht mit einer regelmässigen, arbeitsvertraglich zugesicherten Anzahl von Arbeitsstunden rechnen (KS-KAE, Rz. 6)." In virtù dell'art. 31 cpv. 3 lett. a LADI, seconda ipotesi, non hanno diritto all'indennità per lavoro ridotto neppure i lavoratori il cui tempo di lavoro non è sufficientemente controllabile. Riguardo a questa disposizione Gerhards (op. cit., pag. 406-407 nos. 32-34) sottolinea: " Laut gesetzlicher Vorschrift (AVIG 31 IIIa) haben Arbeitnehmer, deren Arbeitszeit nicht ausreichend kontrollierbar ist, keinen KAE-Anspruch. Unter die nicht ausreichende Kontrollierbarkeit der Arbeitszeit fallen nicht ohne weiteres Arbeitszeiten, die unregelmässig über die Woche oder den Monat verteilt sind. - Vielmehr geht es hier um Arbeitszeiten, die nicht aufgrund von Zeiterfassungskarten, Stunden-, Reiserapporten oder anderen Belegen überprüft werden können (KS-KAE, Rz. 7). Das Moment der Kontrollierbarkeit erfordert, dass ein Fachmann (z.B. Sachbearbeiter) aus dem Durchführungsbereich der AIV sich innert angemessener Frist ein einigermaßen klares Bild über den Arbeitsausfall machen kann." 2.4. In una decisione, pubblicata in DLA 1998 N. 35, il TFA ha, in particolare, stabilito che per quanto concerne la controllabilità della perdita di lavoro in un caso particolare, o questo presupposto legale è dato oppure esso manca. Se, come nella fattispecie, la riduzione non è sufficientemente controllabile (stesura successiva dei rapporti di lavoro interni), il presupposto dell'art. 31 cpv. 3 lett. a LADI non è soddisfatto e le indennità sono state versate a torto. Il fatto di sollevare dubbi a tale proposito corrisponderebbe, per l'autorità di decisione, ad invertire l'onere della prova che, in questo punto particolare, spetta chiaramente al datore di lavoro. In un'altra decisione,

pubblicata in DLA 1999 N. 34, il TFA ha stabilito che la perdita di lavoro per la quale l'assicurato fa valere i suoi diritti è considerata sufficientemente controllabile soltanto se le ore effettive di lavoro possono essere controllate per ogni singolo giorno. Si tratta dell'unico modo per garantire che le ore supplementari che devono essere compensate durante il periodo di conteggio siano computate nel calcolo della perdita di lavoro mensile. L'Alta Corte si è confermata nella propria giurisprudenza e in una decisione del 25 marzo 2004 nella causa V. AG (C 35/03) ha, tra l'altro, rilevato che: " (...) 4. In materieller Hinsicht hat die Vorinstanz mit zutreffender Begründung dargelegt, weshalb weder das Formular "Rapport über die wirtschaftlich bedingten Ausfallstunden" des einzelnen Arbeitnehmers noch der "Rapport über die wirtschaftlich bedingten Ausfallstunden pro Betrieb bzw. Betriebsabteilung" oder die nachträglich von der Firma erstellten Monatsblätter über die täglich verrichtete Arbeitszeit der Angestellten als Arbeitszeitznachweis genügen. Darauf ist zu verweisen. Was die Beschwerdeführerin dagegen vorbringt, überzeugt nicht. Das Eidgenössische Versicherungsgericht hat schon verschiedentlich festgehalten, dass dem Erfordernis einer betrieblichen Arbeitszeitkontrolle, vorbehaltlich ganz besonderer, hier nicht gegebener, Umstände (vgl. hierzu Urteil X. vom 5. November 2001, C 59/01), nur mit einer täglich fortlaufend geführten Arbeitszeiterfassung über die effektiv geleisteten Arbeitsstunden der von der Kurzarbeit betroffenen Mitarbeiter Genüge getan ist, die nicht durch erst nachträglich erstellte Dokumente ersetzt werden kann. Dabei müssen die gearbeiteten Stunden keineswegs zwingend mit einem elektronischen System erfasst sein. Wesentlich ist allein die ausreichende Detailliertheit und die zeitgleiche Dokumentierung (statt vieler: Urteile W. vom 22. August 2001, C 260/00, und D. vom 30. Juli 2001, C 229/00), weshalb auch nicht argumentiert werden kann, die geforderte Zeiterfassung könne Kleinbetrieben nicht zugemutet werden. An letztgenanntem Erfordernis sind übrigens die nachträglich eingereichten Monatsblätter gescheitert, wogegen diese - nunmehr fortlaufend ausgefüllt - ab Dezember 1998 dieser Anforderung genügen. Es ist sodann keineswegs überspitzt formalistisch (vgl. hierzu BGE 128 II 142 Erw. 2a, 127 I 34 Erw. 2aa/bb, je mit Hinweis), wenn von einem Betrieb, der das Formular "Rapport über die wirtschaftlich bedingten Ausfallstunden" fortlaufend ausfüllt, zwecks Kontrolle des geltend gemachten Arbeitszeitausfalls darüber hinaus fortlaufende Aufzeichnungen der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit verlangt werden. Denn weil die an gewissen Tagen geleistete Überzeit innerhalb der Abrechnungsperiode auszugleichen ist (ARV 1999 Nr. 34 S. 200), wird der Arbeitszeitausfall erst durch derartige Aufzeichnungen überprüfbar. Ohnehin ist fraglich, ob das genannte Formular - wie von der Beschwerdeführerin behauptet - tatsächlich jeweils fortlaufend ausgefüllt worden ist: Das Schriftbild der Einträge lässt auf stets die selbe Person als Urheberin schliessen. Diese hat die Ausfallstunden der von der Kurzarbeit Betroffenen innerhalb eines Monats mit unterschiedlichen Schreibgeräten notiert, wobei der Stift nicht tageweise, sondern bei jedem Betroffenen gewechselt worden ist, was deutlich gegen eine fortlaufende Aufzeichnung spricht. (...)" (cfr. STFA del 25 marzo 2004 nella causa V. AG, C 35/03) In un'altra decisione del 27 maggio 2004 nella causa S. AG (C 5/04) la nostra Massima Istanza ha confermato una decisione di restituzione e, in particolare, ha osservato che: " (...) 4. In materieller Hinsicht ist die Vorinstanz in einlässlicher Würdigung der Akten und Parteivorbringen zum Schluss gelangt, die Firma habe im fraglichen Zeitraum über keine täglich fortlaufend geführte Arbeitszeiterfassung verfügt, womit es an der für die Kurzarbeitsentschädigung anspruchsbegründenden hinreichenden Kontrollierbarkeit des Arbeitsausfalls gemäss Art. 31 Abs. 3 lit. a AVIG fehle. Was die Beschwerdeführerin dagegen vorbringt, zielt an der Sache vorbei. Die Vorgabe von

(reduzierten) Sollarbeitsstunden an die Arbeitnehmer wie auch die Erfassung der effektiven Arbeitsstunden am Ende des Monats gestützt auf die Angaben der Angestellten entspricht offenkundig nicht einer täglich fortlaufenden Aufzeichnung. Damit erweist sich die Auszahlung als zweifellos unrichtig. Angesichts des in Frage stehenden Betrages ist die Berichtigung sodann von erheblicher Bedeutung, womit die Voraussetzungen für die Rückforderung grundsätzlich erfüllt sind. (...)" (cfr. STFA del 27 maggio 2004 nella causa S. AG, C 5/04) In un'altra sentenza del 19 agosto 2004 nella causa H. (C 64/04), l'Alta Corte ha rilevato: " (...) Die nachträgliche Zusammenstellung wie auch die jeweils zum Voraus angefertigten Arbeitspläne stellen unbestrittenermassen kein adäquates Mittel für die nachträgliche Kontrolle des Arbeitsausfalles dar, da es ihnen am Erfordernis der täglich fortlaufenden Aufzeichnung fehlt (vgl. die zur Kontrollierbarkeit von Kurzarbeitsentschädigung ergangene, auch für den Anspruch auf Schlechtwetterentschädigung anwendbare Rechtsprechung [Urteil X. vom 8. Oktober 2002, C 140/02, Erw. 3.2]: ARV 1999 Nr. 34 S. 200, 1998 Nr. 35 S. 200). Fraglich ist dagegen, ob die fortlaufend geführten Monatsrapporte bereits für sich allein betrachtet den Anforderungen an eine betriebliche Arbeitszeitkontrolle genügen. 2.2 Die Firma macht wie bereits vor Vorinstanz geltend, der Geschäftsführer beobachte von seinem Arbeitsplatz aus jeweils, wann die einzelnen Baugruppen morgens zu den Baustellen aufbrechen und abends zurückkehren würden und trage die sich daraus ergebenden Arbeitszeiten im Monatsrapport täglich nach. Vom Geschäftsführer oder dem Sekretariat registrierte krankheitsbedingte oder anderweitige Abwesenheiten der Arbeitnehmer würden ebenfalls täglich in den Monatsrapport aufgenommen, womit es ohne weiteres möglich sei, den monatlichen Arbeitsausfall zu bestimmen. 2.3 Die Vorinstanz sprach den Monatsrapporten die Qualität einer Arbeitszeitkontrolle ab: Es handle sich um blosser Anwesenheitskontrollen, ohne dass daraus die tatsächlich geleistete tägliche Arbeitszeit ersichtlich sei. Zur näheren Begründung verwies das Gericht auf jene Fälle (P._____, A._____, D._____, N._____, R._____), bei denen neben den Monatsrapporten zusätzlich täglich fortgeführte Arbeitszeitrapporte vorlagen. Die darin enthaltenen Aufzeichnungen widersprächen sich teilweise. 2.4 Tatsächlich sind die darin enthaltenen Einträge nicht deckungsgleich, wie das von der Vorinstanz genannte Beispiel von A._____ vor Augen führt. Danach sind im Monatsrapport für die Zeit vom 20. bis 23. März 2001 und vom 26. bis 30. März 2001 schlechtwetterbedingte Ausfalltage aufgeführt, während der Mitarbeiter gemäss den Stundenrapporten in dieser Zeit gearbeitet hat. Noch deutlicher wird dies, wenn die weiteren den Monat März betreffenden Differenzen wie auch jene der Monate April und September 2001 stellvertretend genannt werden. Für den Monat März finden sich auch für den 1., den 2. sowie den 5. bis 9. Tag Stundenabrechnungen, wogegen im Monatsrapport jeweils ein Schlechtwetterausfall eingetragen ist. Gesagtes gilt auch für folgende Tage der Monate April und September: 2., 9.-11., 17.-20. und 24.-26.4.; 5.-28.9.). Zusätzlich hat A._____ gemäss den Stundenabrechnungen vom 3. und 4. September länger gearbeitet als im Monatsrapport ausgewiesen (10.50 Stunden bzw. 13.25 Stunden gegenüber jeweils 9.0 Stunden). Ein ähnliches Bild präsentiert sich beim Vergleich der ebenfalls im Recht liegenden Stundenabrechnungen von P._____, D._____ und N._____ mit den Eintragungen in den Monatsrapporten. Die Firma räumte am 2. Dezember 2002 in der Stellungnahme an das seco zum provisorischen Bericht zur Arbeitgeberkontrolle ein, irrtümlicherweise Schlechtwetterentschädigungen geltend gemacht zu haben für Arbeiten, die wegen des schlechten Wetters an die Stelle der geplanten, an Dritte verrechenbaren Leistungen, traten (z.B. Putz- und Räumungsarbeiten); dies erkläre die Diskrepanz

zwischen den in den Arbeitsrapporten aufgeführten Arbeitsstunden und jenen, die der Arbeitslosenkasse gemeldet worden seien. Will man diese Begründung (teilweise) auch für die Abweichungen zwischen Monatsrapport und Stundenabrechnungen gelten lassen, ist damit die fehlende Vollständigkeit der Monatsrapporte ebenfalls belegt. Auch die letztinstanzlich erneut vorgetragene Argumentation der Beschwerdeführerin, nicht gewusst zu haben, dass allfällige Überzeiten des Kaders innerhalb einer Kontrollperiode an Tagen von Schlechtwetter zu kompensieren seien, weshalb sie auf eine individuelle Zeiterfassung verzichtet habe, deutet in diese Richtung. Angesichts all dieser Umstände erweisen sich die Monatsrapporte als für die Kontrolle der tatsächlich tagtäglich geleisteten Arbeitszeiten ungeeignet. 2.5 Zusammengefasst vermögen (auch) die Monatsrapporte den vorliegend strittigen Arbeitsausfall nicht hinreichend zu belegen, womit es an der für die Schlechtwetterentschädigung anspruchsbegründenden hinreichenden Kontrollierbarkeit des Arbeitsausfalls gemäss Art. 42 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 31 Abs. 3 lit. a AVIG fehlt. Damit erweist sich die Auszahlung als zweifellos unrichtig. Angesichts des in Frage stehenden Betrages ist die Berichtigung sodann von erheblicher Bedeutung, womit die Voraussetzungen für die Rückforderung grundsätzlich erfüllt sind. 3. Die Firma verlangt ferner unter Berufung auf den Vertrauensschutz eine vom materiellen Recht abweichende Behandlung. Dabei macht sie geltend, von der Beschwerdegegnerin nur unzureichend über die Anforderungen an eine Arbeitszeitkontrolle informiert worden zu sein. Es obliegt praxisgemäss der Antrag stellenden Firma, abzuklären, ob ihr Zeiterfassungssystem eine im Hinblick auf die Anspruchsberechtigung ausreichende Kontrolle gewährleistet (vgl. ARV 2002 Nr. 37 S. 255 Erw. 4b). Aus der eigenen Rechtsunkenntnis kann sie nichts zu ihren Gunsten ableiten (BGE 124 V 220 Erw. 2b/aa mit Hinweisen). Erforderlich ist vielmehr, dass die Verwaltung tatsächlich eine falsche Auskunft erteilt hat; von sich aus - spontan, ohne von der Firma angefragt worden zu sein - brauchen die Organe der Arbeitslosenversicherung hingegen nicht Auskünfte zu erteilen (statt vieler: Urteil S. AG vom 27. Mai 2004, C 5/04, Erw. 5.1). Ein gesetzlicher Informationsauftrag besteht nicht (vgl. BGE 124 V 220 Erw. 2b/aa). Konkrete Anfragen zum Zeiterfassungssystem werden weder behauptet, noch sind solche aus den Akten ersichtlich. (...)" 2.5. In una decisione pubblicata in RDAT I-1997 pag. 266 = SVR 1996 ALV Nr. 78, concernente il lavoro ridotto nel settore alberghiero, il TFA ha stabilito che la diminuzione del lavoro, immutato rimanendo il tempo di presenza sul posto di lavoro, non giustifica l'erogazione di indennità per lavoro ridotto: tipico del settore alberghiero é il fatto di avere a disposizione del personale necessario per ogni evenienza, poco importa se inattivo. In quell'occasione il TFA, confermando la conclusione a cui era giunto il TCA, ovvero che un diritto all'indennità per lavoro ridotto é dato soltanto se la durata del lavoro é stata temporaneamente diminuita, rispettivamente se il lavoro é stato interamente sospeso; non hanno invece diritto all'indennità i lavoratori che non subiscono una perdita di lavoro o la cui perdita non é controllabile, ha affermato che rettamente amministrazione e primi giudici hanno ritenuto dover essere il tempo di presenza considerato come tempo di lavoro (cfr. RDAT 1997/I, N. 75, pag. 267). 2.6. Nella precedente sentenza del 26 novembre 2001 (38.2001.57) il TCA aveva confermato la decisione con la quale la Cassa ha chiesto la restituzione dell'importo di fr. 25'544.80 per prestazioni ricevute indebitamente in quanto ha ritenuto, da una parte, che il diritto di chiedere la restituzione non era ancora perento, d'altra parte, che la ditta ricorrente non era più in grado di comprovare se la perdita di lavoro fatta valere era o meno controllabile visto che la stessa ha "cestinato" i bollettini sulla base dei quali essa ha potuto compilare i conteggi di lavoro ridotto per i periodi di aprile, maggio,

giugno, agosto e settembre 1998. Nella sentenza di rinvio del 11 febbraio 2004 l'Alta Corte, ha, in particolare, osservato che: " (...) 5.6 In concreto non è contestato che la RI 1 SA ha cestinato i bollettini relativi al tempo di lavoro effettuato dai suoi dipendenti, atti a dimostrare la perdita di lavoro subita nel periodo esaminato. La Cassa dal canto suo si è fondata sui conteggi redatti dalla società - a dire di quest'ultima trascritti dai bollettini - da cui si deducono le ore che avrebbero dovuto essere svolte, quelle effettive e quelle perse, così come la perdita di guadagno. Il datore di lavoro ha inoltre trasmesso il rapporto relativo alle ore in cui è stata svolta attività lucrativa e quello relativo alle ore perse, sottoscritto singolarmente dai dipendenti interessati. Alla luce di questi fatti si deduce che da un punto di vista materiale i documenti trasmessi dal datore di lavoro rispondono ai requisiti sul controllo posti dalla giurisprudenza. Va quindi esaminato se ciò vale anche da un punto di vista formale. 5.7 Al riguardo questa Corte ritiene che nelle menzionate circostanze il Tribunale di prime cure non poteva omettere di sentire i testi proposti dalla ricorrente fondandosi sul principio dell'apprezzamento anticipato delle prove. In virtù infatti del principio della libera valutazione dei mezzi di prova, secondo cui non vi è vincolo a regole probatorie determinate, mentre tutte le prove vanno esaminate obiettivamente e con cura, al fine di stabilire quali fatti sono provati, indipendentemente dall'origine (DTF 122 V 160 consid. 1c), il Tribunale cantonale non poteva ritenere probanti unicamente i bollettini cestinati. Malgrado questi documenti fossero stati cestinati, la perdita di lavoro, oltre a essere attestata in maniera precisa e dettagliata per ogni giorno e per ogni dipendente nei rapporti trasmessi alla Cassa, era stata espressamente confermata dagli interessati stessi e avrebbe potuto essere avvalorata definitivamente dalle testimonianze di cui era stata chiesta l'assunzione. I testimoni infatti, a dipendenza delle loro funzioni nella ditta, avrebbero ad esempio potuto chiarire la situazione, confermando o meno di essersi occupati personalmente dell'allestimento dei conteggi e dei rapporti, rispettivamente spiegando perché i bollettini erano stati cestinati, ed, infine, in base a quali documenti erano stati allestiti i rapporti trasmessi a giustificazione della richiesta di indennità. In proposito va tra l'altro ricordato che, anche se posteriormente, pure il Procuratore pubblico, nel suo decreto di non luogo a procedere nei confronti del responsabile della RI 1 SA, ha evidenziato che ogni dipendente, eccetto uno, partito definitivamente per l'estero, aveva confermato di aver perso ore di lavoro durante il periodo contestato. Sulla base di quanto sopra esposto si deve dedurre che l'assunzione delle prove richieste poteva modificare l'esito della vertenza e che era pertanto necessario procedervi. (...)" (cfr. doc. I) 2.7. Dal verbale di udienza del 19 luglio 2004 (riprodotto in esteso al consid. 1.3) risulta, in particolare, che la teste _____ ha sottoscritto le seguenti affermazioni: " (...) Per il controllo delle ore di lavoro non vi era un sistema di timbratura e nemmeno di controllo. Avevamo un calendario e quando qualcuno mancava segnava assente. Non tutti usavano questo sistema. Io usavo questo sistema. Quando mancavo per motivi "x" lo segnavo sul calendario e alla fine del mese avvisavo chi si occupava della contabilità dei miei giorni d'assenza. Concretamente avvisavo la sig.ra _____ della fiduciaria _____. Io personalmente ho scritto su quel calendario anche le mie assenze per lavoro ridotto. Alla fine del mese come già detto segnalavo alla sig.ra _____ quanti giorni non ho lavorato. (...) Non esisteva per quel che riguarda i miei colleghi un conteggio giorno per giorno, i rapporti non venivano fatti o comunque venivano fatti male. Ad esempio per fatturare determinati lavori avevo bisogno delle ore se era un lavoro a regia, oppure i metri quadrati (vi sono dei prezzi fissi). In questa seconda ipotesi non vi era un'indicazione precisa delle ore di lavoro. Quando si trattava di lavori a regia vi erano delle indicazioni precise sulle ore, quando invece vi erano gli altri

lavori figurava solo l'indicazione del lavoro e del materiale. (...) Il Giudice delegato chiede se il singolo operaio consegnava della documentazione che si riferiva ad ogni giorno preciso e che poi veniva semplicemente ricopiato, la risposta è no. Veniva ricostruito tutto alla fine del mese. I miei conteggi e quelli del sig. _____ corrispondevano perfettamente a quanto figurava. Quest'ultima persona scriveva precisamente giorno per giorno le ore effettuate. (...) Anche il sig. _____ conteggiava le ore come gli altri operai. Cioè si arrivava al risultato finale tramite una ricostruzione di quello che avveniva sui cantieri. (...) I formulari venivano ricostruiti non sulla base di un calendario, bensì sulla base di tabelle di cantiere. Da qui la difficoltà. Io ho fatto il possibile per ricostruire dei dati. In particolare veniva indicato il lavoro svolto a misura piuttosto che le ore effettive. Rispondendo all'avv. RA 2 la teste precisa che i conteggi venivano ricostruiti alla presenza degli operai stessi che la firmavano. (...) Rispondendo al Giudice la teste precisa che vi era una mappetta nella quale venivano riposti tutti i fogli che servivano da base per i conteggi. In particolare il calendario che la riguardava è stato buttato via. Una parte della documentazione l'ho buttata via e le ho pure sentite. Confermo che il lavoro era molto scarso e non c'era lavoro per tutti. Rispondendo al Giudice delegato circa la presenza dei suoi colleghi nel periodo in cui era stata chiesta l'indennità per lavoro ridotto la teste precisa che in ditta una persona doveva sempre esserci. Quindi qualcuno ci sarà stato. È possibile che ci sia stato qualche collega presente sul posto di lavoro anche se non c'era lavoro. La teste precisa che anche se non vi è lavoro qualcuno deve sempre essere in ditta perché può ad esempio arrivare una comanda e va presa. Normalmente se non c'ero io vi era qualcuno che aveva conoscenza dei tappeti e cioè o io o il sig. _____ o il sig. _____.

(...) (cfr. doc. XIII) Dal canto suo il teste _____, azionista della società, oltre a confermare la dichiarazione da lui sottoscritta e riportata nel verbale di polizia del 19 febbraio 2003 del seguente tenore: " (...) Al riguardo posso precisare che _____, quando percepiva la disoccupazione parziale, seppure non tenuto a presenziare sul posto di lavoro vi restava di sua volontà. Questo, in quanto giungeva sul posto di lavoro di _____ in Via _____, con la vettura assieme alla propria moglie e non essendoci nulla da fare restava in luogo per attendere la consorte per andare al domicilio. Sul suo conto devo precisare che era la persona che da più tempo lavorava per la RI 1, e si era arrogato le mansioni di capo, quindi nessuno poteva imporgli di lasciare il posto di lavoro. (...) (cfr. doc. 5 dell'inc. del Ministero pubblico) ha affermato che: " (...) Vi era un po' di confusione in quella ditta perché io non ero sempre presente. Il sig. _____ veniva in ditta. Lo trovavo con la sigaretta in bocca e gli dicevo cosa faceva che di lavoro non ce n'era e lui rispondeva che aspettava la moglie. (...) (cfr. doc. XIII) Alla luce dei nuovi accertamenti compiuti e richiamata la giurisprudenza federale citata (cfr. consid. 2.4) questo Tribunale deve concludere che, fatti salvi i dipendenti _____ e _____, gli altri dipendenti della RI 1 SA non hanno diritto alle indennità per lavoro ridotto in quanto per loro la perdita di lavoro non è sufficientemente controllabile ai sensi dell'art. 31 cpv. 3 lett. a LADI. Infatti, se per _____ e _____, oltre al riscontro tra quanto riportato e da loro sottoscritto sui formulari "Rapporto ore perse per motivi economici" e "Rapporto delle ore lavorate durante il mese" (cfr. doc. 3-6 e 9), l'istruttoria ha potuto appurare che essi tenevano un controllo del lavoro giornaliero (la prima, tramite il sistema del calendario segnando puntualmente le assenze e i motivi e il secondo scrivendo precisamente giorno per giorno le ore effettuate), non così avveniva per gli altri dipendenti della RI 1 SA per i quali pure è stata chiesta e percepita l'indennità per lavoro ridotto. Questi ultimi, meglio _____, _____ e _____, non tenevano una documentazione

che si riferiva ad ogni giorno. Inoltre a volte indicavano semplicemente il lavoro svolto a misura piuttosto che le ore effettive che dovevano quindi poi essere ricostruite. Questo modo di agire non rispetta chiaramente i requisiti posti dalla giurisprudenza federale (cfr. 2.4) per poter ritenere una perdita di lavoro sufficientemente controllabile ai sensi dell'art. 33 cpv. 3 lett. a LADI. Inoltre per _____ che, come confermato dal teste _____, anche durante il lavoro ridotto era presente sul posto di lavoro, nonché per quel dipendente che, come affermato dalla teste _____, comunque doveva essere presente in ditta ad esempio per prendere delle comande, la perdita di lavoro non è neppure sufficientemente controllabile visto che il tempo di presenza in ditta deve essere considerato come tempo di lavoro (cfr. consid. 2.5). Di conseguenza, visto che per i dipendenti _____, _____ e _____ la perdita di lavoro non era sufficientemente controllabile il versamento delle indennità per lavoro ridotto a favore degli stessi si rivela manifestamente errato. Considerata poi la rilevanza degli importi in questione la correzione ha un'importanza rilevante e pertanto sono dati i presupposti per chiedere la restituzione delle indennità per lavoro ridotto a loro indebitamente versate. In simili circostanze, il ricorso va parzialmente accolto e la decisione impugnata annullata. Gli atti vengono trasmessi alla Cassa perché proceda ad emettere una nuova decisione di restituzione tenendo conto del fatto che solo l'indennità per lavoro ridotto versata a favore dei dipendenti _____, _____ e _____ può essere chiesta in restituzione alla RI 1 SA.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.